

35 Mio. für fünf Wohnblöcke aus Holz

Steinen Im morgigen Amtsblatt ist die Überbauung Unterfeld an der Frauholzstrasse ausgeschrieben. Geplant sind 40 Wohnungen und ein Gewerbebau. Die gesamte Überbauung auf den knapp 7000 Quadratmetern Landfläche wird aus regionalem Holz erstellt.

Silvia Camenzind

Die erste Etappe der Überbauung Unterfeld ist bereits seit 2015 bewohnt. Für die zweite Etappe, bei der auf knapp 7000 Quadratmetern Land an der Frauholzstrasse vier viergeschossige Mehrfamilienhäuser und ein Gewerbebau mit einer Ferienwohnung entstehen, liegt der bewilligte Gestaltungsplan bereits vor. Morgen Freitag ist das Baugesuch für die zweite Etappe im Amtsblatt ausgeschrieben.

Die Bauherrschaft sind Franziska Jud und Beat Auf der Maur von der Thoma Haus AG Schweiz. Laut Beat Auf der Maur beläuft sich das Investitionsvolumen auf 30 bis 35 Mio. Franken.

Alles aus einheimischem Holz

Wie schon in der ersten Etappe handelt es sich auch in der zweiten um Vollholzbauten. Das Holz für die fünf Häuser wuchs an der Rigi und am Rossberg auf dem Land der Unterallmeindkorporation (UAK) Arth. Einheimische Schreinerreihen haben dieses Holz in der speziellen Holz100-Manier zugeschnitten. Buchendübel halten dieses Massivholzsystem völlig ohne Leim zusammen. Auch die Fenster und Küchen werden aus einheimischem Holz gefertigt.

Die Holzhäuser sprechen insbesondere Bewohnerinnen und Bewohner an, die auf Natürlichkeit setzen und denen gesundes Wohnen wichtig ist. «Wir sind in einer Nische tätig», erklärt Beat Auf der Maur. Die Nachfrage nach den Eigentumswohnungen ist vorhanden. «Rund 50 Prozent der Wohnungen sind verkauft», gibt Bauherr Beat Auf der Maur bekannt.

Baustart soll im nächsten Frühling sein

Es hätten sich nicht nur Käufer aus der Region, sondern auch Familien, die bewusst wegen des Konzepts der Holz-



Die erste Etappe des Unterfelds (hinter dem Stangenwald) ist seit 2015 bewohnt. Nun folgt die zweite Etappe. Die grosse Linde (ganz rechts) wird bestehen bleiben. Bild: pd

Überbauung in den Kanton Schwyz ziehen, für eine Wohnung im Unterfeld entstehen.

Die Bauherrschaft rechnet mit dem Baustart im Frühling 2018. Ein Jahr später sollen die ersten Wohnungen bezugsbereit sein. Die vier Wohnhäuser sind

von viel Grün umgeben. Um die grosse Linde auf dem Unterfeld soll eine Begegnungszone entstehen.

«Wir wollen Leute zusammenbringen, sie vom Bildschirm nach draussen holen», erklärt der Bauherr das Konzept der Begegnungszone inmitten der Holz-

bauten mit insgesamt 40 Wohnungen in der Grösse von zweieinhalb bis sechseinhalb Zimmern.

Für die Gestaltung der Umgebung und für die Ausrichtung der Wohnungen wurde im Vorfeld ein Feng-Shui-Berater zugezogen. Unter der Grünfläche ent-

steht die Tiefgarage mit rund hundert Abstellplätzen. Zur Überbauung gehört auch ein Gewerbebau an der Frauholzstrasse mit Büros und einer Ferienwohnung, die touristisch genutzt werden soll. Naturnah ist zudem ein Kleintierstall für die Kinder.

SVP zieht Finanz-Initiative zurück

Kanton Die Initiative habe ihre Ziele teilweise erreicht. Ganz glücklich ist die SVP aber noch nicht.

Die Initiative «Stopp den überbordenden Staatsausgaben» wurde von der SVP am 10. November 2009 lanciert und am 27. September 2011 eingereicht. Seither liegt sie sistiert bei der Staatskanzlei. Die Initiative forderte eine ausgeglichene laufende Staatsrechnung: Allfälliges überschüssiges Eigenkapital sei über Steuerentkürzungen an die Bevölkerung zurückzuzahlen. Ein Bilanzfehlbetrag (mehr Ausgaben als Einnahmen) sei über eine Ausgabenreduktion zu korrigieren.

Die Initiative erreichte teilweise ihre Ziele: Der Druck auf Regierungs- und Kantonsrat sei durch die SVP konstant hoch gehalten worden, schreibt die Partei in einer Mitteilung. Der Kantonsrat wies 2011 den Voranschlag konsequenterweise zurück. Einige Pakete mit Begrenzung des Ausgabenwachstums wurden auch geschnürt.

Doch mit der Umsetzung haperte es: Mit dem Entlastungsprogramm 2014-17 beauftragte der Kantonsrat den Regierungsrat, entsprechende Gesetzesänderungen vorzubereiten. Herausgekommen seien zumeist Lastenverschiebungen von rund 20 Mio. Franken an die Gemeinden und Bezirke. Und was rate der Regierungsrat? Seine eigene Vorlage abzulehnen, kritisiert die SVP. Das sei typisch für das Verhalten von Exekutive

und Legislative: Sowohl Staatsrechnung wie auch die Voranschläge seien eine einzige Wundertüte. «2016 tönnte es so dramatisch von Regierung und Parlament, dass sogar eine Flat Rate Tax hätte eingeführt werden sollen.» Das Schwyzer Volk lehnte das Begehren wuchtig ab. Richtig, wie sich nur ein paar Monate später herausgestellt habe: «Die Erfolgsrechnung 2016 schliesst völlig unerwartet mit einem Ertragsüberschuss von 11,9 Mio. Franken ab. Und das bei einem budgetierten Verlust von über 71 Mio. Franken», erklärt die Volkspartei.

Regierungs- und Kantonsrat in die Pflicht nehmen

Das Initiativkomitee erwartet, dass nun Kantonsrat und Regierung, zusammen mit den Gemeinden und Bezirken eine Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Ebenen ernsthaft und schnell angehen. «Dabei müssen auch die kantonalen Strukturen mit der riesigen Personalaufblähung und der seit Beginn weg unverstandene Finanzausgleich hemmungslos und kritisch durchleuchtet werden. Abwarten oder heuchlerische und medienwirksame, aber wirkungslose Vorstösse einreichen sind keine Lösungen», wird in der Mitteilung festgehalten. (pd)

Über die Häfte der Vorstösse verpufft

Kantonsrat Staatspolitik, Bildung und Steuerfragen dominieren die Kantonspolitik. Das zeigt die Rangliste der Vorstösse.

Ein Thema dominiert: Das Problem in der Schwyzer Staatskasse und die damit verbundene Debatte nach Lösungen hat von 2013 bis 2016 für nicht weniger als 40 Vorstösse im Kantonsrat gesorgt. Das zeigt eine Zusammenstellung des «Boten der Urschweiz» (siehe Tabelle). Allein im Jahr 2013 wurden zum Steuerbereich 13 Ideen und Anregungen eingereicht, mehr als zu keinem anderen Politikfeld der vergangenen Jahre überhaupt.

Mit einem bereits deutlichen Abstand belegen die Bildungs- und Staatspolitik die weiteren Ränge in der Liste der sieben Topthemen. Insgesamt reichten Schwyzer Kantonsrätinnen und Kantonsräte in diesen vier Jahren 314 Vorstösse ein. Nur noch wenige davon betreffen Sicherheits- und Landwirtschaftsfragen (je 4), während das Schwyzer Gerichtswesen nur noch für drei Interventionen sorgte, zwei im Jahre 2014 und eine 2015.

Mehr als die Hälfte bleibt ohne Folgen

Mit den parlamentarischen Werkzeugen können die Ratsmitglieder zwar Ideen und Anregungen einbringen und die Regierung zum Handeln in ihrem Sinne führen, doch ein Blick in die Aufstellung aller Vorstösse seit 1995 zeigt, dass die

meisten folgenlos verpuffen. Nur 46 Prozent aller Motionen und sogar nur 39 Prozent aller Postulate sind vom Rat überhaupt je erheblich erklärt worden. Alle anderen wurden von einer Mehrheit abgewiesen, ohne dass Regierung und Verwaltung ein neues Gesetz oder eine Vorlage hätten ausarbeiten müssen.

Vorstösse sind zwar bei den Parlamentariern beliebt, sie werden aber je nach Partei ungleich häufig benutzt. Klar ist, dass eine Oppositionspartei wie die SP zu diesem Mittel verhältnismässig häufiger greift als Parteien, die in der Re-

gierung integriert sind und deshalb andere Wege haben, um ihre Ideen einzubringen.

Das belegt auch ein Blick auf die Herkunft der Vorstösse im vergangenen Jahr. 2016 reichte die SP, inklusive die Juso, 15 Vorstösse ein, während die CVP (17), die FDP (21) und die SVP (16) nur unwesentlich mehr Eingaben machten. Während die Grünen 2016 keinen Vorstoss einreichten, taten die Grünliberalen zweimal diesen Schritt.

Jürg Auf der Maur

Die sieben Topthemen im Kantonsrat

Themengebiet	2013 eingereicht	2014 eingereicht	2015 eingereicht	2016 eingereicht	Total Themenfeld eingereicht
Steuern	13	9	10	8	40
Bildung	9	7	11	6	33
Staats-/Kantonspolitik	6	11	9	6	32
Verkehr	12	6	6	7	31
Finanzwesen	6	7	11	3	27
Raumplanung und Wohnungswesen	6	4	3	6	19
Wirtschaft	5	2	4	5	16
Total Jahr	95	74	90	58	314